

KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten Nikolaus Kramer, Fraktion der AfD

BDK-Forderungskatalog, An- und Übergriffe auf oder durch Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes, elektronisches Register und Polizeibeauftragter

und

ANTWORT

der Landesregierung

Der NDR berichtet: „In der Diskussion um rechtsextreme Vorfälle bei der Polizei in Mecklenburg-Vorpommern hat der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) einen Forderungskatalog vorgelegt. Dieser enthält Vorschläge und Maßnahmen, wie mit dem Problem mutmaßlich rechtsextremer Polizisten umgegangen werden sollte. Vor allem die Vorfälle beim SEK hätten die Beamten im Land aufgewühlt, so Eike Bone-Winkel, kommissarischer Landesvorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter. Er schlägt vor, diese Fälle zunächst einmal zu registrieren.“ (Siehe: [NDR - Verbände fordern unabhängigen Polizeibeauftragten](#))

1. Wie hat sich die Zahl der An- und Übergriffe gegen Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes seit 2014 entwickelt (bitte tabellarisch nach Jahren aufliedern)?
Welcher Art waren diese An- und Übergriffe gewesen (bitte bestmöglich die Zahlenangaben ausdifferenzieren)?

In der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) ist „Beschäftigte/r im Öffentlicher Dienst“ kein Erfassungskriterium in der „Opfer-Spezifik“. Folgende in der PKS erfasste und recherchierbare Werte entsprechen annäherungsweise dem erfragten Personenkreis:

- „Polizeivollzugsbeamte“,
- „Vollstreckungsbeamten gleichstehende Personen gemäß § 115 StGB mit Ausnahme der Rettungsdienste“,
- „Zoll (Vollstreckungsbeamte)“,
- „Sonstige Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen im Sinne der §§ 113, 114 StGB“ bzw. ab 2017 unter: „Sonstige Vollstreckungsbeamte, Amtsträger oder Soldaten der Bundeswehr gemäß § 113 StGB“,

- „JVA (Vollstreckungsbeamte)“,
- „Feuerwehr“,
- „Lehrkräfte“ sowie
- „sonstige Rettungsdienste“.

Zur Beantwortung der Frage nach der Zahl der „An- und Übergriffe“ wurde dieser Personenkreis nach Straftatenhauptgruppen recherchiert. In der Recherche nach Kalenderjahren sind aufgrund der Übersichtlichkeit diejenigen Elemente unterdrückt worden, deren Summe in Zeilen und Spalten einen Null- oder Leerwert ergibt.

2018		Anzahl erfasster Fälle mit Geschädigten	Anzahl Geschädigte
Straftaten gesamt	Polizeivollzugsbeamte	659	1.345
	Vollstreckungsbeamten gleichstehende Personen gemäß § 115 StGB mit Ausnahme der Rettungsdienste	11	14
	Zoll (Vollstreckungsbeamte)	1	1
	Sonstige Vollstreckungsbeamte, Amtsträger oder Soldaten der Bundeswehr gemäß § 113 StGB	9	10
	JVA (Vollstreckungsbeamte)	19	30
	Feuerwehr	5	8
	Lehrkräfte	38	43
	sonstige Rettungsdienste	40	56
	Summe	773	1.507
Straftaten gegen das Leben	Polizeivollzugsbeamte	1	1
	Summe	1	1
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung insgesamt	Polizeivollzugsbeamte	4	8
	Vollstreckungsbeamten gleichstehende Personen gemäß § 115 StGB mit Ausnahme der Rettungsdienste	1	1
	Lehrkräfte	2	2
	sonstige Rettungsdienste	1	1
	Summe	8	12

2018		Anzahl erfasster Fälle mit Geschädigten	Anzahl Geschädigte
Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit	Polizeivollzugsbeamte	164	297
	Vollstreckungsbeamten gleichstehende Personen gemäß § 115 StGB mit Ausnahme der Rettungsdienste	6	9
	Zoll (Vollstreckungsbeamte)	1	1
	Sonstige Vollstreckungsbeamte, Amtsträger oder Soldaten der Bundeswehr gemäß § 113 StGB	5	6
	JVA (Vollstreckungsbeamte)	17	23
	Feuerwehr	2	2
	Lehrkräfte	36	41
	sonstige Rettungsdienste	26	35
	Summe	255	414
Sonstige Straftatbestände (StGB)	Polizeivollzugsbeamte	490	1.039
	Vollstreckungsbeamten gleichstehende Personen gemäß § 115 StGB mit Ausnahme der Rettungsdienste	4	4
	Sonstige Vollstreckungsbeamte, Amtsträger oder Soldaten der Bundeswehr gemäß § 113 StGB	4	4
	JVA (Vollstreckungsbeamte)	2	7
	Feuerwehr	3	6
	sonstige Rettungsdienste	13	20
	Summe	509	1.080

2017		Anzahl erfasster Fälle mit Geschädigten	Anzahl Geschädigte
Straftaten gesamt	Polizeivollzugsbeamte	671	1.382
	Sonstige Vollstreckungsbeamte, Amtsträger oder Soldaten der Bundeswehr gemäß § 113 StGB	13	13
	JVA (Vollstreckungsbeamte)	14	24
	Feuerwehr	4	5
	Lehrkräfte	36	45
	sonstige Rettungsdienste	33	52
	Summe	770	1.521
Straftaten gegen das Leben	Polizeivollzugsbeamte	2	3
	Summe	2	3
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung insgesamt	Polizeivollzugsbeamte	1	2
	Feuerwehr	1	1
	Lehrkräfte	1	1
	Summe	3	4
Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit	Polizeivollzugsbeamte	161	276
	Sonstige Vollstreckungsbeamte, Amtsträger oder Soldaten der Bundeswehr gemäß § 113 StGB	6	6
	JVA (Vollstreckungsbeamte)	8	15
	Feuerwehr	2	3
	Lehrkräfte	35	44
	sonstige Rettungsdienste	28	44
	Summe	239	388
Sonstige Straftatbestände (StGB)	Polizeivollzugsbeamte	507	1.101
	Sonstige Vollstreckungsbeamte, Amtsträger oder Soldaten der Bundeswehr gemäß § 113 StGB	7	7
	JVA (Vollstreckungsbeamte)	6	9
	Feuerwehr	1	1
	sonstige Rettungsdienste	5	8
	Summe	526	1.126

2016		Anzahl erfasster Fälle mit Geschädigten	Anzahl Geschädigte
Straftaten gesamt	Polizeivollzugsbeamte	668	1.294
	Zoll (Vollstreckungsbeamte)	3	3
	Sonstige Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen im Sinne der §§ 113, 114 StGB	18	20
	JVA (Vollstreckungsbeamte)	5	7
	Feuerwehr	1	1
	Lehrkräfte	30	34
	sonstige Rettungsdienste	17	18
	Summe	742	1.377
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	Polizeivollzugsbeamte	2	3
	Lehrkräfte	1	1
	Summe	3	4
Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit	Polizeivollzugsbeamte	179	261
	Zoll (Vollstreckungsbeamte)	2	2
	Sonstige Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen im Sinne der §§ 113, 114 StGB	10	10
	JVA (Vollstreckungsbeamte)	5	7
	Feuerwehr	1	1
	Lehrkräfte	29	33
	sonstige Rettungsdienste	16	17
	Summe	242	331
Sonstige Straftatbestände (StGB)	Polizeivollzugsbeamte	487	1.030
	Zoll (Vollstreckungsbeamte)	1	1
	Sonstige Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen im Sinne der §§ 113, 114 StGB	8	10
	sonstige Rettungsdienste	1	1
	Summe	497	1.042

2015		Anzahl erfasster Fälle mit Geschädigten	Anzahl Geschädigte
Straftaten gesamt	Polizeivollzugsbeamte	559	1.004
	Zoll (Vollstreckungsbeamte)	1	1
	Sonstige Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen im Sinne der §§ 113, 114 StGB	6	6
	JVA (Vollstreckungsbeamte)	8	16
	Feuerwehr	5	6
	Lehrkräfte	39	44
	sonstige Rettungsdienste	15	24
	Summe	631	1.101
Straftaten gegen das Leben	Lehrkräfte	2	2
	Summe	2	2
Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit	Polizeivollzugsbeamte	146	202
	Zoll (Vollstreckungsbeamte)	1	1
	Sonstige Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen im Sinne der §§ 113, 114 StGB	4	4
	JVA (Vollstreckungsbeamte)	4	5
	Feuerwehr	4	4
	Lehrkräfte	37	42
	sonstige Rettungsdienste	12	16
	Summe	206	274
Sonstige Straftatbestände (StGB)	Polizeivollzugsbeamte	413	802
	Sonstige Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen im Sinne der §§ 113, 114 StGB	2	2
	JVA (Vollstreckungsbeamte)	4	11
	Feuerwehr	1	2
	sonstige Rettungsdienste	3	8
	Summe	423	825

2014		Anzahl erfasster Fälle mit Geschädigten	Anzahl Geschädigte
Straftaten gesamt	Polizeivollzugsbeamte	543	1.070
	Sonstige Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen im Sinne der §§ 113, 114 StGB	7	7
	JVA (Vollstreckungsbeamte)	6	10
	Feuerwehr	1	2
	Lehrkräfte	23	27
	sonstige Rettungsdienste	4	5
	Summe	584	1.121
Straftaten gegen das Leben	Polizeivollzugsbeamte	1	1
	Summe	1	1
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	Polizeivollzugsbeamte	1	1
	Summe	1	1
Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit	Polizeivollzugsbeamte	147	241
	Sonstige Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen im Sinne der §§ 113, 114 StGB	6	6
	JVA (Vollstreckungsbeamte)	5	6
	Feuerwehr	1	2
	Lehrkräfte	23	27
	sonstige Rettungsdienste	4	5
	Summe	186	287
Sonstige Straftatbestände (StGB)	Polizeivollzugsbeamte	394	827
	Sonstige Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen im Sinne der §§ 113, 114 StGB	1	1
	JVA (Vollstreckungsbeamte)	1	4
	Summe	396	832

2. Existiert auf Landesebene ein elektronisches Register zur transparenten Erfassung von An- und Übergriffen auf Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes?
- Wenn ja, welche Daten werden darin erfasst?
 - Wenn nicht, gibt es Pläne, ein elektronisches Register einzurichten?
 - Wenn nicht, was spricht gegen eine Einführung eines solchen Registers?

Nein.

Zu a)

Entfällt.

Zu b)

Nein.

Zu c)

Die Polizeiliche Kriminalstatistik als eine Zusammenstellung aller der Polizei bekannt gewordenen strafrechtlichen Sachverhalte dient der Abbildung der angezeigten Kriminalität und der Erlangung wesentlicher Erkenntnisse, auch im angefragten Sachzusammenhang. Die unmittelbare Notwendigkeit für eine darüber hinausgehende zusätzliche Datensammlung liegt nicht vor.

3. Plant die Landesregierung die Einrichtung eines Ombudsmanns oder eines Polizeibeauftragten als institutionalisierten Ansprechpartner für Opfer von An- und Übergriffen aufseiten von Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes oder für Opfer von An- und Übergriffen durch Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes?
Welche Vor- und Nachteile sieht die Landesregierung in der Einrichtung eines etwaigen Ansprechpartners?

Nein.

Im Weiteren wird auf die Antwort zu Frage 4 verwiesen.

4. Wie positioniert sich die Landesregierung zum oben genannten BDK-Forderungskatalog (bitte einzelnen Forderungen diskutieren)?

Der Antwort ist voranzustellen, dass unter dem in den Vorbemerkungen des Fragestellers angegebenen Link des Norddeutschen Rundfunks (NDR) der sogenannte Forderungskatalog des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK) verkürzt wiedergegeben wurde und dieser deshalb zur Ermöglichung einer Beantwortung unter <https://www.bdk.de/lv/mecklenburg-vorpommern/aktuelles/dpa-meldung-vom-15.07.2019-zu-den-vorfaellen-nordkreuz-und-co> abgerufen wurde.

Dieser „Forderungskatalog“ richtet sich nicht an die Landesregierung und ist deshalb als öffentliche Meinungsäußerung zu betrachten.

Im Ergebnis der Prüfung der vier dargestellten Punkte ist festzustellen, dass diese dort im Einzelnen inhaltlich nicht begründet sind und pauschal ohne ausreichende Darlegung des Beabsichtigten veröffentlicht wurden. Somit fehlt es an einer ausreichenden Grundlage für eine inhaltliche Auseinandersetzung.

Jedoch ist hinsichtlich der Einrichtung eines sogenannten Polizeibeauftragten der Vorsitzende des Landesverbandes des Bundes Deutscher Kriminalbeamter Mecklenburg-Vorpommern in einem an den Minister für Inneres und Europa gerichteten Schreiben näher auf seine Beweggründe für die Anregung einer solchen Funktion eingegangen.

Angesichts dieses Schreibens ist zum ersten „Vorschlag“ anzumerken, dass es in Anbetracht bereits bestehender vielfältiger Stellen als Ansprechmöglichkeit für unterschiedlichste Problemlagen an der Notwendigkeit für einen solchen Beauftragten fehlt.